

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Erweiterung des Hochschulzugangs für Menschen ohne Abitur**

Auch der jüngste OECD-Bericht bescheinigt Deutschland eine Studienanfängerquote deutlich unter dem Schnitt der übrigen OECD-Länder. Deutschland werde demzufolge in den kommenden Jahren nicht in der Lage sein, Ingenieure/-innen, die in den Ruhestand gehen, durch junge Absolventen/-innen vollständig zu ersetzen. Deutschland braucht dringend einen deutlich höheren Akademiker/-innenanteil, um wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt auch künftig zu ermöglichen und dem schon jetzt bestehenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Mit dem Ziel, die Kopplung von individuellen Bildungschancen und sozialer Herkunft zu verringern und neue Begabungsreserven zu erschließen, wurden in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bundesländern vielfältige Maßnahmen ergriffen, um den Hochschulzugang für Berufstätige ohne herkömmliche Studienvoraussetzungen zu öffnen und die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulen zu erhöhen.

Derzeit können bundesweit jedoch im Schnitt weniger als 1 % der Studienanfängerinnen und -anfänger ohne Abitur oder fachgebundene Hochschulreife nur aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation ein Studium aufnehmen. Für Personen, die nicht über eine herkömmliche Hochschulzugangsberechtigung verfügen, sollte daher der Zugang zum Studium erleichtert werden, ohne jedoch bestehende Qualitätsstandards abzusenken.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, den Zugang zur Einstufungsprüfung zum Erwerb der allgemeinen und fachgebundenen Hochschulreife zu erleichtern.
2. Der Senat wird aufgefordert zu klären, wie der Zugang zur Einstufungsprüfung erleichtert und die Anrechenbarkeit beruflicher Qualifikationen verbessert werden kann. Hierzu wird der Senat aufgefordert, zu einem Fachgespräch mit den Hochschulen, der Handelskammer, der IHK, der Handwerkskammer, Vertreter/-innen der Weiterbildung und anderen Beteiligten einzuladen.
3. Der Senat wird in diesem Sinne aufgefordert, zukünftig auch die Meisterprüfung und die nach dem Gesetz Gleichgestellten direkt als allgemeine Hochschulzugangsberechtigung anzuerkennen, wie dies bereits in anderen Bundesländern geschieht.

Sybille Böschen,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Silvia Schön,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen